



Bundesministerium
des Innern
und für Heimat

Bundesministerium des Innern und für Heimat, 11014 Berlin

Frau
Elisabeth Alber
Paulusweg 18

71638 Ludwigsburg

Alt-Moabit 140
10557 Berlin
Postanschrift
11014 Berlin
Tel +49 30 18 681-10977
Fax +49 30 18 681- 55038

bearbeitet von:
RD'n Ines Drechsler
IFG@bmi.bund.de
www.bmi.bund.de

**Informationsfreiheitsgesetz -
Stand des Regierungsvorhabens „Monitoring- und Beratungsstelle für
antiziganistische Vorfälle sowie Antiziganismus-Beauftragte“ [#252553]**

Ihr Antrag vom 02. Juli 2022
ZII4-13002/4#3497
Berlin, 19. Juli 2022
Seite 1 von 2

Sehr geehrte Frau Alber,

mit Ihrer Mail vom 02. Juli 2022 beantragen Sie beim Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG) die Übersendung

von Dokumenten, die den Stand des Regierungsvorhabens zum Thema Monitoring- und Beratungsstelle für antiziganistische Vorfälle sowie Antiziganismus-Beauftragte (siehe Koalitionsvertrag), dokumentieren.

Bei der „Monitoring- und Informationsstelle zur Erfassung antiziganistischer Übergriffe (MIA)“ handelt es sich um kein regierungsseitiges Vorhaben, sondern um ein zivilgesellschaftliches Projekt das vom Zentralrates der Deutschen Sinti und Roma betrieben und mit Bundesmitteln gefördert wird.

Beigefügt übersende ich das hierzu veröffentlichte Informationspapier.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag


Drechsler

Hinweis zum Datenschutz

Bei der Bearbeitung wurden bzw. werden von Ihnen personenbezogene Daten verarbeitet.

Welche Daten zu welchem Zweck und auf welcher Grundlage verarbeitet werden, ist abhängig von Ihrem Anliegen und den konkreten Umständen. Weitere Informationen hierzu und über Ihre Betroffenenrechte finden Sie unter https://www.bmi.bund.de/DE/service/datenschutz/datenschutz_node.html auf der Internetseite des Bundesministeriums des Innern und für Heimat.

Juli 2022 | Aktuelle Meldungen

Die bundesweite Melde- und Informationsstelle Antiziganismus (MIA) startet in Berlin



Zu den Aufgaben und Zielen von MIA sprechen unter anderem der Antiziganismusbeauftragte der Bundesregierung, Dr. Mehmet Daimagüler und der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose.

„Eine systematische Erfassung antiziganistischer Vorfälle fehlt bislang und das Dunkelfeld ist hier besonders groß. Mit der neuen bundesweiten Meldestelle ist eine Struktur geschaffen, die uns wichtige Erkenntnisse über die Ausprägung von Antiziganismus liefern. Damit können Bedarfe an rechtliche Begleitung, Beratung und Unterstützung aufgezeigt werden. Aber auch die Präventionsarbeit kann gezielter ansetzen etwa bei

Diskriminierung durch Verwaltung und Behörden.“ **Dr. Mehmet Daimagüler.**

„Im Kampf gegen diesen immer wiederkehrenden Antiziganismus, gegen Rechtsextremismus und gegen nationalistische Spaltungstendenzen, sind es gerade solche Strukturen, wie die Meldestelle und Informationsstelle Antiziganismus (MIA), die einen wichtigen Beitrag dazu leisten, unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat zu verteidigen.“ **Romani Rose.**

2020 nahm der Kabinettsausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus die Forderung des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma nach der Einrichtung einer solchen Struktur in seinen Maßnahmenkatalog auf. Unter Bundesminister Horst Seehofer wurde die Entscheidung zur Einrichtung von MIA getroffen und seit 2021 vom Innenministerium als unabhängiges zivilgesellschaftliches Projekt gefördert. Damit folgte die Bundesregierung einer der zentralen Empfehlungen der Unabhängigen Kommission Antiziganismus, deren Abschlußbericht im Juli 2020 vorgestellt wurde. MIA wird antiziganistische Vorfälle bundesweit einheitlich erfassen, dokumentieren und auswerten.

Für von Antiziganismus Betroffene und ebenso für die demokratische Verfasstheit unserer Gesellschaft ist MIA von grundlegender Bedeutung. Studien des Bundes wie von wissenschaftlichen Einrichtungen zeigen, dass die Ablehnung von Sinti und Roma in der Bevölkerung tief verwurzelt ist. Über 50 Prozent der Bevölkerung lehnt etwa Sinti und Roma in der Nachbarschaft ab.

Antiziganismus drückt sich durch Hasskriminalität, Beleidigungen, Diskriminierung durch Individuen oder Institutionen aus. Alle diese Formen von Antiziganismus werden von MIA erfasst. Einen besonderen Schwerpunkt wird die Erfassung von antiziganistischen Vorfällen in den Sozialen Medien und in Internet darstellen. Ein erster von MIA erstellter Bericht zur Diskriminierung von Roma-Flüchtlingen aus der Ukraine zeigt, dass gerade in den Behörden, aber ebenso auch bei vielen Hilfsorganisationen Antiziganismus weit verbreitet ist.

MIA will auf bestehende Defizite im Regelsystem aufmerksam machen und das Dunkelfeld antiziganistischer Vorfälle in Deutschland erfassen und leistet damit einen wesentlichen Beitrag zum Auf- und Ausbau von Gleichstellung und Diskriminierungsschutz. Ziele sind die Aufklärung über Erscheinungsformen und Ausmaß von Antiziganismus in der Gesellschaft, der Aufbau eines adäquaten Beratungsangebotes für Betroffene sowie die Sensibilisierung von Öffentlichkeit und Politik. Auf der Grundlage der gewonnenen Erkenntnisse müssen dann weitergehende Maßnahmen zur Bekämpfung von Antiziganismus umgesetzt und ausgebaut werden.

06.02

Die bundesweite Medien- und Informationsstelle Antisemitismus (MIA) startet in Berlin | Zentralrat Deutscher Sionistischer Bund und Roma

Landesgeschäftsstelle

Pragenstraße 84 3, 10969 Berlin

Pressekontakt presse@mia-bund.de

Telefonnummer: 0306900422920